

Antrag auf Aufwendungsersatz in Form von Fallpauschalen

in Verbindung mit der Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Gewährung von Fallpauschalen nach § 3 des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung in der jeweils geltenden Fassung

**An das
Regierungspräsidium Tübingen
Referat 23
Konrad-Adenauer-Straße 20
72072 Tübingen**

Antragstellende Stelle:

(Bezeichnung, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse der geeigneten Stelle)

Name und Anschrift des Trägers der geeigneten Stelle:

Es wird beantragt, die in Anlage 3 aufgeführten Fallpauschalen, **deren Entstehung versichert wird**, auszuführen durch Überweisung auf folgendes Konto:

IBAN:.....

BIC:.....

zum Geschäftszeichen/Aktenzeichen:.....

Auf Rechtsmittel wird unter der Bedingung verzichtet, dass dem Antrag in vollem Umfang stattgegeben wird.

Die unterzeichnende Person bescheinigt rechtsverbindlich, dass die antragstellende Stelle die Voraussetzungen einer geeigneten Stelle nach § 1 Absatz 2 AGInsO weiterhin erfüllt.

Weiterhin bestätigt die unterzeichnende Person rechtsverbindlich,

- dass für die in Anlage 3 aufgeführten Einigungsversuche nicht bereits in einem anderen Quartal ein Antrag auf Fallpauschale gestellt wurde,
- dass die betreffenden Schuldner oder Schuldnerinnen zum Zeitpunkt des Einigungsversuchs ihren Wohnsitz in Baden-Württemberg hatten und
- dass zu den geltend gemachten Fällen die entsprechenden unterzeichneten Anlagen 5 vorliegen.

.....
Datum

.....
Name und Unterschrift der Leiterin/
des Leiters der Beratungsstelle

- Die Bescheinigung des Trägers über das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 1 Absatz 2 AGInsO (Anlage 1) ist beigelegt.
- Die Bescheinigung des Trägers wurde dem Antrag vom beigelegt.
- Die Anlagen 3 und 4 sind beigelegt.